

Presseunterlage:

## **Vielfalt & Solidarität statt Diskriminierung & Hass: Regenbogenpakt für Europa!**

Pressegespräch am Donnerstag, 2. Mai 2019, 09:30 Uhr in der Buchhandlung Löwenherz (Berggasse 8, 1090 Wien) mit:

- **Andreas Schieder**, SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl
- **Camila Garfias**, Präsidentin des europäischen LGBTIQ-Netzwerks „Rainbow Rose“ und SPÖ-Kandidatin für die EU-Wahl
- **Mario Lindner**, SPÖ-Gleichbehandlungssprecher und Vorsitzender der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation SoHo Österreich

Die Europäische Union hat in Österreich, wie in vielen anderen Ländern, sehr viel zur Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Trans\*-, intergeschlechtlichen und queeren Personen (LGBTIQ) beigetragen. Zentrale Errungenschaften, wie das Verbot von Diskriminierungen am Arbeitsplatz, wurden erst durch die EU möglich – andere Schritte sind indirekt, zum Beispiel durch die EU-Grundrechtecharta, von europäischen Regelungen auf den Weg gebracht worden. Gerade mit Blick auf den konservativen und autoritären Backlash in vielen Ländern müssen wir die Aufgabe der Europäischen Union als Garantin für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte heute mehr denn je stärken.

SPÖ bekennt sich zu Regenbogenpakt für Europa!

**Damit die EU auch in Zukunft eine Vorkämpferin für die Gleichberechtigung aller UnionsbürgerInnen bleibt, bekennt sich die SPÖ zu einem Regenbogenpakt für Europa!** Für die nächste Europäische Kommission und das neue EU-Parlament muss der Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung gegen die LGBTIQ-Community von zentraler Priorität sein. Ein umfassender Regenbogenpakt für Europa muss aus unserer Sicht daher insbesondere folgende Punkte umfassen:

- Eine **verbindliche Strategie der Kommission 2019-2024 zur umfassenden rechtlichen Gleichstellung der LGBTIQ-Community und zum Abbau von Diskriminierungen und Hate Crimes im gesamten Unionsgebiet**, wie vom Europäischen Parlament zuletzt im Februar 2019 gefordert. Dazu gehört auch die Umsetzung bzw. die Fortführung der

„List of actions to advance LGBTI equality“, sowie der „Guidelines to promote and protect the enjoyment of all human rights by lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex persons“ ab dem Jahr 2019.

- Die Umsetzung der **Richtlinie zum Verbot der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen im Privatbereich**, die noch immer im Europäischen Rat blockiert wird.
- Konkrete Maßnahmen zur **Sicherstellung der Freizügigkeit von LGBTIQ-Personen und insbesondere Regenbogenfamilien** in der gesamten Union, aufbauend auf den EuGH-Fall Coman.
- Die **Sicherstellung der Grundrechte von Trans\*- und intergeschlechtlichen Personen im gesamten Unionsgebiet** – insbesondere in Hinblick auf den niederschweligen Zugang zur Änderung des Geschlechtseintrags, sowie das Verbot von nicht medizinisch notwendigen Operationen an intergeschlechtlichen Kindern.

Für die SPÖ muss eine starke, soziale Union sich stets an die Seite der LGBTIQ-Community in ganz Europa stellen. **Wir kämpfen für einen umfassenden Regenbogenpakt für Europa!**

Quellen:

- ILGA Europe „Rainbow Europe“: <https://rainbow-europe.org/>
- EU LGBT survey: <https://fra.europa.eu/en/survey/2012/eu-lgbt-survey>
- Beschluss des EU-Parlaments zur Gleichstellung von LGBTI-Personen: [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0129\\_DE.html?redirect](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0129_DE.html?redirect)
- Beschluss des EU-Parlaments zu den Rechten von intergeschlechtlichen Personen: [http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0128\\_DE.html?redirect](http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0128_DE.html?redirect)

Zum Hintergrund:

Mit seinem Beschluss vom 14. Februar 2019 forderte das Europäische Parlament sowohl die aktuelle, als auch die zukünftige Kommission zu einem umfassenden Maßnahmenplan für die LGBTIQ-Community in der ganzen Union auf. Darin wird unter anderem festgestellt, dass „LGBTI-Personen in der Europäischen Union noch immer unter Diskriminierung und Gewalt leiden“ und „nicht alle EU-Mitgliedsstaaten LGBTI-Personen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung bieten“. Es müsse noch „viel getan werden (...), damit alle Bürger in der EU, einschließlich LGBTI-Personen, gleich behandelt werden“.

Dass die Diskriminierung der LGBTIQ-Community noch immer zum traurigen Alltag in ganz Europa gehört zeigen zahlreiche Umfragen. Die Europäische Grundrechte Agentur FRA, mit Sitz in Wien, zeigte im „EU LGBT survey“ auf, dass noch immer knapp die Hälfte der europäischen LGBTIQ-Personen regelmäßig von Diskriminierung betroffen sind. Jede 5. LGBTIQ-Personen erlebte solche Diskriminierung beispielsweise im Arbeitsleben, knapp ein Drittel im Privatleben.

ILGA Europe zeigt mit dem Projekt „Rainbow Europe“ jedes Jahr die Entwicklung von LGBTIQ- und Menschenrechten in allen europäischen Ländern auf. Insbesondere im Bereich von Regenbogenfamilien, dem Kampf gegen Hate Crimes und dem Schutz von LGBTIQ-Schutzsuchenden sei diesbezüglich noch viel zu tun.

- **Richtlinie zum Verbot der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen im Privatbereich** (KOM 2008, 426edg): Trotz vieler Gleichstellungserfolge (z.B. Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsleben) wird der Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sex. Orientierung aus dem Jahr 2008 noch immer im Europäischen Rat blockiert. Österreich ist eines der Länder, in denen LGBTIQ-Personen diesen Schutz noch nicht durch nationale Gesetze erhalten – der Beschluss einer europäischen Richtlinie wäre also von besonderer Bedeutung. Trotz zahlreicher Verhandlungsanläufe in den vergangenen Jahren (z.B. im Zuge der estnischen Präsidentschaft) lag das Thema während der österreichischen Ratspräsidentschaft leider brach. Die SPÖ machte das Desinteresse der aktuellen Bundesregierung daher auch schon zum Thema von Anfragen und Debatten im Nationalrat (<https://bit.ly/2We49SR>)
- **Freizügigkeit von Regenbogenfamilien & der Fall Coman:** Der EuGH-Fall „Coman“ brachte im Jahr 2018 eine Richtungsentscheidung in der Frage der Gleichstellung von Regenbogenfamilien in Europa. Durch diese Entscheidung erhalten gleichgeschlechtliche Ehen die volle Personenfreizügigkeit (Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis etc.) auch in EU-Ländern, die noch keine „Ehe für ALLE“ kennen. Der Fall Coman legte damit den Grundstein einer intensiven Debatte um die Sicherung der aller Grundrechte für Regenbogenfamilien in der gesamten Union.